



# Verfassung des Freistaates Sachsen

vom 27. Mai 1992 (SächsGVBl. S. 243)

Der Sächsische Landtag hat als verfassungsgebende Landesversammlung am 26. Mai 1992 die folgende Verfassung beschlossen.

## Inhaltsverzeichnis<sup>1</sup>

### 1. Abschnitt: Die Grundlagen des Staates

Art. 1	Freistaat Sachsen	30
Art. 2	Landeshauptstadt, -farben und -wappen	30
Art. 3	Grundlagen staatlicher Ordnung	30
Art. 4	Wahlen und Volksabstimmung	30
Art. 5	Staatsvolk	31
Art. 6	Sorben	31
Art. 7	Staatsziele: Arbeit, Wohnraum, Bildung	31
Art. 8	Gleichstellung von Mann und Frau	32
Art. 9	Schutz von Kindern und Jugendlichen	32
Art. 10	Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	32
Art. 11	Kunst, Kultur, Wissenschaft und Sport	33
Art. 12	Grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit	33
Art. 13	Pflicht zur Anstrengung der Staatsziele	33

### 2. Abschnitt: Die Grundrechte

Art. 14	Menschenwürde	33
Art. 15	Handlungsfreiheit	33
Art. 16	Freiheit der Person	34
Art. 17	Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung	34
Art. 18	Gleichheit vor dem Gesetz	34
Art. 19	Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit	35
Art. 20	Meinungsfreiheit	35
Art. 21	Kunst- und Wissenschaftsfreiheit	35
Art. 22	Ehe und Familie	35
Art. 23	Versammlungsfreiheit	36
Art. 24	Vereinigungsfreiheit	36
Art. 25	Koalitionsfreiheit	36
Art. 26	Mitbestimmung	36
Art. 27	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	36
Art. 28	Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit	37
Art. 29	Recht auf Bildung	37
Art. 30	Unverletzlichkeit der Wohnung	37
Art. 31	Eigentum, Erbrecht	38
Art. 32	Enteignung, Sozialisierung	38
Art. 33	Datenschutz	38
Art. 34	Recht auf Auskunft über Umweltdaten	38

Art. 35	Petitionsrecht	39
Art. 36	Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt	39
Art. 37	Einschränkung von Grundrechten	39
Art. 38	Rechtsschutz	39

### 3. Abschnitt: Der Landtag

Art. 39	Der Landtag	39
Art. 40	Opposition	40
Art. 41	Wahl	40
Art. 42	Ansprüche der Abgeordneten	40
Art. 43	Mandat der Abgeordneten	40
Art. 44	Wahlperiode, Zusammentritt, Einberufung	41
Art. 45	Wahlprüfung	41
Art. 46	Geschäftsordnung	41
Art. 47	Präsident	42
Art. 48	Verhandlung, Abstimmung	42
Art. 49	Anwesenheit der Regierungsmitglieder	43
Art. 50	Informationsrecht	43
Art. 51	Fragerecht der Abgeordneten	43
Art. 52	Ausschüsse	44
Art. 53	Petitionsausschuß	44
Art. 54	Untersuchungsausschüsse	44
Art. 55	Indemnität und Immunität	45
Art. 56	Zeugnisverweigerungsrecht	45
Art. 57	Datenschutzbeauftragter	46
Art. 58	Selbstauflösung	46

### 4. Abschnitt: Die Staatsregierung

Art. 59	Die Staatsregierung, Zusammensetzung	46
Art. 60	Ministerpräsident	46
Art. 61	Amtseid	47
Art. 62	Unvereinbarkeiten	47
Art. 63	Befugnisse in der Staatsregierung	47
Art. 64	Aufgaben, Geschäftsordnung	48
Art. 65	Außenvertretung des Staates	48
Art. 66	Ernennung und Entlassung der Landesrichter und Landesbeamten	48
Art. 67	Begnadigungsrecht	48
Art. 68	Beendigung der Amtszeit	48
Art. 69	Konstruktives Mißtrauensvotum	49

### 5. Abschnitt: Die Gesetzgebung

Art. 70	Gesetzesinitiative	49
Art. 71	Volksinitiative	49
Art. 72	Volksbegehren, Volksentscheid	50
Art. 73	Unzulässigkeit von Volksantrag, -begehren und -entscheid	50
Art. 74	Verfassungsänderung	51
Art. 75	Erlaß von Rechtsverordnungen	51
Art. 76	Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten von Rechtsvorschriften	51

### 6. Abschnitt: Die Rechtsprechung

Art. 77	Gerichtsorganisation	52
Art. 78	Verbot von Ausnahmegerichten; rechtliches Gehör	52
Art. 79	Richterliche Unabhängigkeit	52
Art. 80	Richteranklage	53
Art. 81	Zuständigkeit und Zusammensetzung des Verfassungsgerichtshofs	53

### **7. Abschnitt: Die Verwaltung**

Art. 82	Verwaltung; kommunale Selbstverwaltung	54
Art. 83	Verwaltungsorganisation	55
Art. 84	Träger der öffentlichen Aufgaben	55
Art. 85	Übertragung von Aufgaben	55
Art. 86	Gemeindevertretung	56
Art. 87	Gemeindesteuer	56
Art. 88	Gebietsänderung	56
Art. 89	Aufsicht über Verwaltung	57
Art. 90	Kommunale Verfassungsbeschwerde	57
Art. 91	Öffentlicher Dienst, Gleichheit des Zugangs	57
Art. 92	Öffentliche Bedienstete, Amtseid der Beamten	57

### **8. Abschnitt: Das Finanzwesen**

Art. 93	Haushaltsplan und Haushaltsgesetz	58
Art. 94	Grundsätze	58
Art. 95	Kreditbeschaffung	59
Art. 96	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	59
Art. 97	Zustimmung der Regierung bei Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderung	59
Art. 98	Vorläufige Haushaltswirtschaft	59
Art. 99	Rechnungslegung	60
Art. 100	Rechnungsprüfung	60

### **9. Abschnitt: Das Bildungswesen**

Art. 101	Grundsätze der Erziehung und Bildung	61
Art. 102	Schulwesen	61
Art. 103	Aufsicht über Schulwesen	62
Art. 104	Recht auf Gestaltung	62
Art. 105	Religionsunterricht	62
Art. 106	Berufsbildung	62
Art. 107	Hochschulen	63
Art. 108	Weiterbildung	63

### **10. Abschnitt: Die Kirchen und Religionsgemeinschaften**

Art. 109	Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften	63
Art. 110	Kostenerstattungsanspruch	64
Art. 111	Lehreinrichtung	64
Art. 112	Eigentum und Staatsleistungen	64

### **11. Abschnitt: Übergangs- und Schlußbestimmungen**

Art. 113	Innerer Notstand	64
Art. 114	Widerstandsrecht	65
Art. 115	Bürger	66

Art. 116	Wiedergutmachung	66
Art. 117	Bewältigung der Vergangenheit	66
Art. 118	Anklage vor dem Verfassungsgerichtshof	66
Art. 119	Einstellung und Weiterbeschäftigung im Öffentlichen Dienst	67
Art. 120	Fortgeltung von Landesrecht	67
Art. 121	Sächsische Akademie der Wissenschaften	67
Art. 122	Annahme, Verkündung, Inkrafttreten	68
Anhang zu Artikel 109 Absatz 4		
Art. 136-141	Weimarer Verfassung	68



# **VERFASSUNG DES FREISTAATES SACHSEN**

## **Präambel**

**Anknüpfend an die Geschichte der Mark Meißen, des sächsischen Staates und des niederschlesischen Gebietes, gestützt auf Traditionen der sächsischen Verfassungsgeschichte, ausgehend von den leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft, eingedenk eigener Schuld an seiner Vergangenheit, von dem Willen geleitet, der Gerechtigkeit, dem Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu dienen, hat sich das Volk im Freistaat Sachsen dank der friedlichen Revolution des Oktober 1989 diese Verfassung gegeben.**

## 1. Abschnitt: Die Grundlagen des Staates

### Artikel 1

Der Freistaat Sachsen ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ein demokratischer, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kultur verpflichteter sozialer Rechtsstaat.

### Artikel 2

- (1) Die Hauptstadt des Freistaates ist Dresden.
- (2) Die Landesfarben sind Weiß und Grün.
- (3) Das Landeswappen zeigt im neunmal von Schwarz und Gold geteilten Feld einen schrägrechten grünen Rautenkranz. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.
- (4) Im Siedlungsgebiet der Sorben können neben den Landesfarben und dem Landeswappen Farben und Wappen der Sorben, im schlesischen Teil des Landes die Farben und das Wappen Niederschlesiens, gleichberechtigt geführt werden.

### Artikel 3

- (1) Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen sowie durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (2) Die Gesetzgebung steht dem Landtag oder unmittelbar dem Volk zu. Die vollziehende Gewalt liegt in der Hand von Staatsregierung und Verwaltung. Die Rechtsprechung wird durch unabhängige Richter ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

### Artikel 4

- (1) Alle nach der Verfassung durch das Volk vorzunehmenden Wahlen und Abstimmungen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.
- (2) Wahl- und stimmberechtigt sind alle Bürger, die im Land wohnen oder sich dort gewöhnlich aufhalten und am Tag der Wahl oder Abstimmung das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- (3) Das Nähere bestimmen die Gesetze. Dabei kann das Wahl- und Stimmrecht von einer bestimmten Dauer des Aufenthaltes im Land und, wenn die Wahl- und Stimmberechtigten mehrere Wohnungen innehaben, auch davon abhängig gemacht werden, daß ihre Hauptwohnung im Land liegt.

### Artikel 5

- (1) Dem Volk des Freistaates Sachsen gehören Bürger deutscher, sorbischer und anderer Volkszugehörigkeit an. Das Land erkennt das Recht auf die Heimat an.
- (2) Das Land gewährleistet und schützt das Recht nationaler und ethnischer Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege ihrer Sprache, Religion, Kultur und Überlieferung.
- (3) Das Land achtet die Interessen ausländischer Minderheiten, deren Angehörige sich rechtmäßig im Land aufhalten.

### Artikel 6

- (1) Die im Land lebenden Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit sind gleichberechtigter Teil des Staatsvolkes. Das Land gewährleistet und schützt das Recht auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege und Entwicklung ihrer angestammten Sprache, Kultur und Überlieferung, insbesondere durch Schulen, vorschulische und kulturelle Einrichtungen.
- (2) In der Landes- und Kommunalplanung sind die Lebensbedürfnisse des sorbischen Volkes zu berücksichtigen. Der deutsch-sorbische Charakter des Siedlungsgebietes der sorbischen Volksgruppe ist zu erhalten.
- (3) Die landesübergreifende Zusammenarbeit der Sorben, insbesondere in der Ober- und Niederlausitz, liegt im Interesse des Landes.

### Artikel 7

(1) Das Land erkennt das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere auf Arbeit, auf angemessenen Wohnraum, auf angemessenen Lebensunterhalt, auf soziale Sicherung und auf Bildung, als Staatsziel an.

(2) Das Land bekennt sich zur Verpflichtung der Gemeinschaft, alte und behinderte Menschen zu unterstützen und auf die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingungen hinzuwirken.

#### *Artikel 8*

Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes.

#### *Artikel 9*

(1) Das Land erkennt das Recht eines jeden Kindes auf eine gesunde seelische, geistige und körperliche Entwicklung an.

(2) Die Jugend ist vor sittlicher, geistiger und körperlicher Gefährdung besonders zu schützen.

(3) Das Land fördert den vorbeugenden Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche sowie Einrichtungen zu ihrer Betreuung.

#### *Artikel 10*

(1) Der Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage ist, auch in Verantwortung für kommende Generationen, Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land. Das Land hat insbesondere den Boden, die Luft und das Wasser, Tiere und Pflanzen sowie die Landschaft als Ganzes einschließlich ihrer gewachsenen Siedlungsräume zu schützen. Es hat auf den sparsamen Gebrauch und die Rückgewinnung von Rohstoffen und die sparsame Nutzung von Energie und Wasser hinzuwirken.

(2) Anerkannte Naturschutzverbände haben das Recht, nach Maßgabe der Gesetze an umweltbedeutsamen Ver-waltungsverfahren mitzuwirken. Ihnen ist Klagebefugnis in Umweltbelangen einzuräumen; das Nähere bestimmt ein Gesetz.

(3) Das Land erkennt das Recht auf Genuß der Naturschönheiten und Erholung in der freien Natur an, soweit dem nicht die Ziele nach Absatz 1 entgegenstehen. Der Allgemeinheit ist in diesem Rahmen der Zugang zu Bergen, Wäldern, Feldern, Seen und Flüssen zu ermöglichen.

#### *Artikel 11*

(1) Das Land fördert das kulturelle, das künstlerische und wissenschaftliche Schaffen, die sportliche Betätigung sowie den Austausch auf diesen Gebieten.

(2) Die Teilnahme an der Kultur in ihrer Vielfalt und am Sport ist dem gesamten Volk zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden öffentlich zugängliche Museen, Bibliotheken, Archive, Gedenkstätten, Theater, Sportstätten, musikalische und weitere kulturelle Einrichtungen sowie allgemein zugängliche Universitäten, Hochschulen, Schulen und andere Bildungseinrichtungen unterhalten.

(3) Denkmale und andere Kulturgüter stehen unter dem Schutz und der Pflege des Landes. Für ihr Verbleiben in Sachsen setzt sich das Land ein.

#### *Artikel 12*

Das Land strebt grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit an, die auf den Ausbau nachbarschaftlicher Beziehungen, auf das Zusammenwachsen Europas und auf eine friedliche Entwicklung in der Welt gerichtet ist.

#### *Artikel 13*

Das Land hat die Pflicht, nach seinen Kräften die in dieser Verfassung niedergelegten Staatsziele anzustreben und sein Handeln danach auszurichten.

## **2. Abschnitt: Die Grundrechte**

#### *Artikel 14*

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist Quelle aller Grundrechte.

#### *Artikel 15*

Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

#### *Artikel 16*

(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

(2) Niemand darf grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und ohne seine freiwillige und ausdrückliche Zustimmung wissenschaftlichen oder anderen Experimenten unterworfen werden.

#### *Artikel 17*

(1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Die betroffene Person muß unverzüglich über die Gründe der Freiheitsbeschränkung unterrichtet werden.

(2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

(3) Jede wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig festgenommene Person ist spätestens am Tag nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihr die Gründe der Festnahme mitzuteilen, sie zu vernehmen und ihr Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen.

(4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine Vertrauensperson oder ein Familienmitglied der festgehaltenen Person zu benachrichtigen.

#### *Artikel 18*

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

#### *Artikel 19*

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

#### *Artikel 20*

(1) Jede Person hat das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Unbeschadet des Rechtes, Rundfunk in privater Trägerschaft zu betreiben, werden Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet.

(3) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

#### *Artikel 21*

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

#### *Artikel 22*

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Landes.
- (2) Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder für Hilfsbedürftige sorgt, verdient Förderung und Entlastung.
- (3) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuerst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht das Land.
- (4) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
- (5) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

#### *Artikel 23*

- (1) Alle haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

#### *Artikel 24*

- (1) Alle Bürger haben das Recht, Vereinigungen zu bilden.
- (2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

#### *Artikel 25*

Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jede Person und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig; hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

#### *Artikel 26*

In Betrieben, Dienststellen und Einrichtungen des Landes sind Vertretungsorgane der Beschäftigten zu bilden. Diese haben nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Mitbestimmung.

#### *Artikel 27*

- (1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
- (2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt. Für diesen Fall ist vorzusehen, daß die Beschränkungsmaßnahmen dem Betroffenen nach ihrem Abschluß mitzuteilen sind, wenn eine Gefährdung des Zweckes der Beschränkung ausgeschlossen werden kann.

#### *Artikel 28*

- (1) Beruf und Arbeitsplatz können frei gewählt werden, soweit Bundesrecht nicht entgegensteht. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
- (2) Erwerbsmäßige Kinderarbeit ist grundsätzlich verboten.
- (3) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

#### *Artikel 29*

- (1) Alle Bürger haben das Recht, die Ausbildungsstätte frei zu wählen.
- (2) Alle Bürger haben das Recht auf gleichen Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen.

#### *Artikel 30*

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinsamen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutz gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

#### *Artikel 31*

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen, insbesondere die natürlichen Lebensgrundlagen schonen.

#### *Artikel 32*

(1) Eine Enteignung ist nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.

(2) Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

(3) Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.

#### *Artikel 33*

Jeder Mensch hat das Recht, über die Erhebung, Verwendung und Weitergabe seiner personenbezogenen Daten selbst zu bestimmen. Sie dürfen ohne freiwillige und ausdrückliche Zustimmung der berechtigten Person nicht erhoben, gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden. In dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

#### *Artikel 34*

Jede Person hat das Recht auf Auskunft über die Daten, welche die natürliche Umwelt in ihrem Lebensraum betreffen, soweit sie durch das Land erhoben oder gespeichert worden sind und soweit nicht Bundesrecht, rechtlich geschützte Interessen Dritter oder überwiegende Belange der Allgemeinheit entgegenstehen.

#### *Artikel 35*

Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. Es besteht Anspruch auf begründeten Bescheid in angemessener Frist.

#### *Artikel 36*

Die in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

#### *Artikel 37*

(1) Soweit nach dieser Verfassung ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für juristische Personen mit Sitz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

#### *Artikel 38*

Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 27 Absatz 2 Satz 2 bleibt unberührt.

### **3. Abschnitt: Der Landtag**

#### *Artikel 39*

- (1) Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes.
- (2) Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus, überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung und ist Stätte der politischen Willensbildung.
- (3) Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

#### *Artikel 40*

Das Recht auf Bildung und Ausübung parlamentarischer Opposition ist wesentlich für die freiheitliche Demokratie. Die Regierung nicht tragende Teile des Landtages haben das Recht auf Chancengleichheit in Parlament und Öffentlichkeit.

#### *Artikel 41*

- (1) Der Landtag besteht in der Regel aus 120 Abgeordneten. Sie werden nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl verbindet.
- (2) Wählbar sind alle Wahlberechtigten. Die Wählbarkeit kann von einer bestimmten Dauer des Aufenthaltes im Land abhängig gemacht werden.
- (3) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 42*

- (1) Wer sich um einen Sitz im Landtag bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub.
- (2) Niemand darf gehindert werden, das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen und auszuüben. Eine Kündigung oder Entlassung aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis aus diesem Grund ist unzulässig.
- (3) Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Sie haben innerhalb des Landes das Recht der kostenfreien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.
- (4) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 43*

- (1) Wer zum Abgeordneten gewählt ist, erwirbt sein Mandat mit der Annahme der Wahl, die rechtliche Stellung eines Mitgliedes des Landtages jedoch nicht vor Zusammentritt des neuen Landtages. Die Annahme der Wahl kann abgelehnt werden.
- (2) Abgeordnete können jederzeit auf ihr Mandat verzichten. Der Verzicht ist dem Präsidenten des Landtages schriftlich zu erklären. Die Erklärung ist unwiderruflich.
- (3) Verlieren Abgeordnete die Wählbarkeit, so erlischt ihr Mandat.

#### *Artikel 44*

- (1) Der Landtag wird auf fünf Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages. Dies gilt auch für den Fall der Auflösung des Landtages.
- (2) Die Neuwahl muß vor Ablauf der Wahlperiode, im Fall der Auflösung des Landtages binnen sechzig Tagen stattfinden.
- (3) Der Landtag tritt spätestens am dreißigsten Tag nach der Neuwahl zusammen. Die erste Sitzung wird vom Alterspräsidenten einberufen und bis zur Wahl des Landtagspräsidenten geleitet.
- (4) Der Landtag bestimmt den Schluß und den Wiederbeginn seiner Sitzungen. Der Präsident kann den Landtag früher einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn ein Viertel der Mitglieder des Landtages oder die Staatsregierung es verlangt.

#### *Artikel 45*

- (1) Die Wahlprüfung ist Sache des Landtages. Er entscheidet auch, ob ein Mitglied sein Mandat verloren hat.
- (2) Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof zulässig.
- (3) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 46*

- (1) Der Landtag gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) In der Geschäftsordnung sind Regelungen für den Zusammenschluß der Abgeordneten zu Fraktionen zu treffen.
- (3) Die Rechte fraktionsloser Abgeordneter dürfen nicht beschränkt werden.
- (4) Die Änderung der Geschäftsordnung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten.

#### *Artikel 47*

- (1) Der Landtag wählt seinen Präsidenten und dessen Stellvertreter, die zusammen mit weiteren Mitgliedern das Präsidium bilden, und die Schriftführer.
- (2) Der Präsident leitet die Verhandlungen nach Maßgabe der Geschäftsordnung.
- (3) Der Präsident übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Gebäude des Landtages aus. Ohne seine Zustimmung darf in den Räumen des Landtages keine Durchsuchung oder Beschlagnahme stattfinden.
- (4) Der Präsident verwaltet die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtages nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes. Er vertritt den Freistaat im Rahmen der Verwaltung des Landtages. Ihm steht die Einstellung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter sowie im Benehmen mit dem Präsidium die Ernennung und Entlassung der Beamten des Landtages zu. Der Präsident ist oberste Dienstbehörde für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Landtages.

#### *Artikel 48*

- (1) Die Verhandlungen des Landtages sind öffentlich. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden, wenn der Landtag es auf Antrag von zwölf Abgeordneten oder eines Mitgliedes der Staatsregierung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten beschließt. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.
- (2) Der Landtag ist beschlußfähig, wenn nicht auf Antrag eines seiner Mitglieder, der nur bis zum Beginn einer Abstimmung zulässig ist, vom Präsidenten festgestellt wird, daß weniger als die Hälfte der Abgeordneten anwesend sind.
- (3) Der Landtag beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern diese Verfassung nichts anderes bestimmt. Für die vom Landtag vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen.
- (4) Für wahrheitsgetreue Berichte über die öffentlichen Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse darf niemand zur Verantwortung gezogen werden.

#### *Artikel 49*

- (1) Der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit eines jeden Mitgliedes der Staatsregierung verlangen.
- (2) Die Mitglieder der Staatsregierung und ihre Beauftragten haben zu den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse Zutritt und müssen jederzeit gehört werden. Sie unterstehen der Ordnungsgewalt des Präsidenten und der Vorsitzenden der Ausschüsse.
- (3) Zu nichtöffentlichen Sitzungen der Untersuchungsausschüsse, die nicht der Beweiserhebung dienen, haben die Mitglieder der Staatsregierung und ihre Beauftragten nur Zutritt, wenn sie geladen sind. Sie können gehört werden. In jedem Fall gibt der Untersuchungsausschuß der Staatsregierung Gelegenheit, zu den Ergebnissen der Beweisaufnahme Stellung zu nehmen. Weitere Beschränkungen des Zutrittsrechtes der Mitglieder und Beauftragten der Staatsregierung zu den Sitzungen der Untersuchungsausschüsse können durch Gesetz bestimmt werden.

#### *Artikel 50*

Die Staatsregierung ist verpflichtet, über ihre Tätigkeit den Landtag insoweit zu informieren, als dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

#### *Artikel 51*

(1) Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen haben die Staatsregierung oder ihre Mitglieder im Landtag und in seinen Ausschüssen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten. Die gleiche Verpflichtung trifft die Beauftragten der Staatsregierung in den Ausschüssen.

(2) Die Staatsregierung kann die Beantwortung von Fragen ablehnen, wenn diese den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berühren oder einer Beantwortung gesetzliche Regelungen, Rechte Dritter oder überwiegende Belange des Geheimschutzes entgegenstehen.

(3) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Landtages.

#### *Artikel 52*

(1) Der Landtag bildet ständige Ausschüsse. Die Geschäftsordnung bestimmt Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise.

(2) Der Landtag kann auf Antrag von zwölf Abgeordneten oder einer Fraktion die Bildung zeitweiliger Ausschüsse beschließen. Gegenstand und Ziel des jeweiligen Ausschusses sind im Beschluß festzulegen.

(3) Die Ausschüsse können öffentlich tagen.

#### *Artikel 53*

(1) Der Landtag bestellt einen Petitionsausschuß zur Behandlung der an ihn gerichteten Bitten und Beschwerden.

(2) Nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Landtages können Bitten und Beschwerden auch einem andern Ausschuß überwiesen werden.

(3) Die Befugnisse des Petitionsausschusses, insbesondere das Zutrittsrecht zu den öffentlichen Einrichtungen und das Recht auf Aktenvorlage, werden durch Gesetz geregelt.

#### *Artikel 54*

(1) Der Landtag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Der Gegenstand der Untersuchung ist im Beschluß festzulegen. Der in einem Minderheitsantrag bezeichnete Untersuchungsgegenstand darf gegen den Willen der Antragsteller nicht verändert werden.

(2) Die Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich halten. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Ausschusses dies verlangen.

(3) Beweise sind zu erheben, wenn sie von einem Fünftel der Mitglieder des Ausschusses beantragt werden.

(4) Auf Verlangen eines Fünftels der Mitglieder des Untersuchungsausschusses ist die Staatsregierung verpflichtet, Akten vorzulegen und ihren Bediensteten Aussagegenehmigung zu erteilen, soweit nicht der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berührt wird oder gesetzliche Regelungen, Rechte Dritter oder überwiegende Belange des Geheimschutzes entgegenstehen.

(5) Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.

(6) Das Nähere über die Einsetzung, die Befugnisse und das Verfahren der Untersuchungsausschüsse wird durch Gesetz geregelt. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.

(7) Die Beschlüsse und Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse unterliegen nicht der gerichtlichen Nachprüfung. Die Gerichte sind jedoch frei in der Würdigung und Beurteilung des Sachverhaltes, der der Untersuchung zugrunde liegt.

#### *Artikel 55*

(1) Abgeordnete dürfen zu keiner Zeit wegen ihrer Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die sie im Landtag oder sonst in Ausübung ihres Mandates getan haben, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder anderweitig außerhalb des Landtages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

(2) Abgeordnete dürfen nur mit Einwilligung des Landtages wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen, festgenommen, festgehalten oder verhaftet werden, es sei denn, daß sie bei Begehung einer strafbaren Handlung oder im Lauf des folgenden Tages festgenommen werden. Die Einwilligung des Landtages ist auch bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit von Abgeordneten erforderlich.

(3) Jedes Strafverfahren gegen Abgeordnete und jede Haft oder sonstige Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit ist auf Verlangen des Landtages für die Dauer der Wahlperiode oder einen kürzer begrenzten Zeitraum auszusetzen.

#### *Artikel 56*

(1) Die Abgeordneten können über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder denen sie als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis verweigern.

(2) Personen, deren Mitarbeit Abgeordnete in Ausübung ihres Mandates in Anspruch nehmen, können das Zeugnis über die Wahrnehmung verweigern, die sie anlässlich dieser Mitarbeit gemacht haben.

(3) Soweit dieses Zeugnisverweigerungsrecht reicht, sind die Durchsuchung und die Beschlagnahme von Schriftstücken und anderen Informationsträgern unzulässig.

#### *Artikel 57*

Zur Wahrung des Rechtes auf Datenschutz und zur Unterstützung bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird beim Landtag ein Datenschutzbeauftragter berufen. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 58*

Der Landtag kann sich auf Beschluß von zwei Dritteln seiner Mitglieder selbst auflösen.

### **4. Abschnitt: Die Staatsregierung**

#### *Artikel 59*

(1) Die Staatsregierung steht an der Spitze der vollziehenden Gewalt. Ihr obliegt die Leitung und Verwaltung des Landes. Sie hat nach Maßgabe der Verfassung Anteil an der Gesetzgebung.

(2) Die Staatsregierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern. Als weitere Mitglieder der Staatsregierung können Staatssekretäre ernannt werden.

(3) Die Staatsregierung beschließt über die Geschäftsbereiche ihrer Mitglieder. Der Ministerpräsident kann einen Geschäftsbereich selbst übernehmen.

#### *Artikel 60*

(1) Der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.

(2) Kommt eine Wahl nach Absatz 1 nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

(3) Wird der Ministerpräsident nicht innerhalb von vier Monaten nach dem Zusammentritt des neugewählten Landtages oder nach der sonstigen Erledigung des Amtes des Ministerpräsidenten gewählt, so ist der Landtag aufgelöst.

(4) Der Ministerpräsident beruft und entläßt die Staatsminister und Staatssekretäre. Er bestellt seinen Stellvertreter.

#### *Artikel 61*

Die Mitglieder der Staatsregierung leisten beim Amtsantritt den Amtseid vor dem Landtag. Er lautet: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen üben werde.“ Der Eid kann auch mit der Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

#### *Artikel 62*

(1) Das Amtsverhältnis der Mitglieder der Staatsregierung, insbesondere die Besoldung und Versorgung, ist durch Gesetz zu regeln.

(2) Die Mitglieder der Staatsregierung dürfen kein anderes besoldetes Amt, keinen Beruf und kein Gewerbe ausüben. Sie dürfen nicht dem Aufsichtsrat oder dem Vorstand einer privaten Erwerbsgesellschaft angehören. Eine Ausnahme besteht für Gesellschaften, bei denen der überwiegende Einfluß des Staates sichergestellt ist. Die Staatsregierung gibt dem Landtag jede Übernahme einer Funktion gemäß Satz 3 bekannt. Weitere Ausnahmen kann die Staatsregierung mit Zustimmung des Landtages zulassen.

#### *Artikel 63*

(1) Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.

(2) Innerhalb der Richtlinien der Politik leitet jeder Staatsminister seinen Geschäftsbereich selbständig unter eigener Verantwortung.

#### *Artikel 64*

(1) Die Staatsregierung beschließt insbesondere über Gesetzesvorlagen, über die Stimmabgabe des Freistaates im Bundesrat, über Angelegenheiten, in denen die Verfassung oder ein Gesetz dies vorschreibt, über Meinungsverschiedenheiten, die den Geschäftskreis mehrerer Staatsministerien berühren, und über Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung.

(2) Die Staatsregierung gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### *Artikel 65*

(1) Der Ministerpräsident vertritt das Land nach außen.

(2) Der Abschluß von Staatsverträgen bedarf der Zustimmung der Staatsregierung und des Landtages.

#### *Artikel 66*

Der Ministerpräsident ernennt und entläßt die Richter und Beamten des Freistaates. Dieses Recht kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes auf andere Staatsbehörden übertragen werden.

#### *Artikel 67*

(1) Der Ministerpräsident übt das Begnadigungsrecht aus. Er kann dieses Recht, soweit es sich nicht um schwere Fälle handelt, mit Zustimmung der Staatsregierung auf andere Staatsbehörden übertragen.

(2) Ein allgemeiner Straferlaß und eine allgemeine Niederschlagung anhängiger Strafverfahren können nur durch Gesetz ausgesprochen werden.

#### *Artikel 68*

(1) Die Staatsregierung und jedes ihrer Mitglieder können jederzeit ihren Rücktritt erklären.

(2) Das Amt des Ministerpräsidenten und der übrigen Mitglieder der Staatsregierung endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages, das Amt eines Staatsministers und eines Staatssekretärs auch mit jeder anderen Erledigung des Amtes des Ministerpräsidenten.

(3) Im Fall des Rücktritts oder einer sonstigen Beendigung des Amtes haben die Mitglieder der Staatsregierung bis zur Amtsübernahme der Nachfolger die Amtsgeschäfte weiterzuführen.

#### *Artikel 69*

(1) Der Landtag kann dem Ministerpräsidenten das Vertrauen nur dadurch entziehen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt.

(2) Zwischen dem Antrag auf Abberufung und der Wahl müssen mindestens drei Tage liegen.

### **5. Abschnitt: Die Gesetzgebung**

#### *Artikel 70*

- (1) Gesetzesvorlagen werden von der Staatsregierung, aus der Mitte des Landtages oder vom Volk durch Volksantrag eingebracht.
- (2) Die Gesetze werden vom Landtag oder unmittelbar vom Volk durch Volksentscheid beschlossen.

#### *Artikel 71*

- (1) Alle im Land Stimmberechtigten haben das Recht, einen Volksantrag in Gang zu setzen. Er muß von mindestens 40 000 Stimmberechtigten durch ihre Unterschrift unterstützt sein. Ihm muß ein mit Begründung versehener Gesetzentwurf zugrunde liegen.
- (2) Der Volksantrag ist beim Landtagspräsidenten einzureichen. Er entscheidet nach Einholen der Stellungnahme der Staatsregierung unverzüglich über die Zulässigkeit. Hält er den Volksantrag für verfassungswidrig, entscheidet auf seinen Antrag der Verfassungsgerichtshof. Der Volksantrag darf bis zu einer gegenteiligen Entscheidung nicht als unzulässig behandelt werden.
- (3) Der Landtagspräsident veröffentlicht den zulässigen Volksantrag mit Begründung.
- (4) Der Landtag gibt den Antragstellern Gelegenheit zur Anhörung.

#### *Artikel 72*

- (1) Stimmt der Landtag dem unveränderten Volksantrag nicht binnen sechs Monaten zu, können die Antragsteller ein Volksbegehren mit dem Ziel in Gang setzen, einen Volksentscheid über den Antrag herbeizuführen. Dem Volksbegehren kann von den Antragstellern ein gegenüber dem Volksantrag veränderter Gesetzentwurf zugrunde gelegt werden. In diesem Falle findet Artikel 71 Absatz 2 entsprechende Anwendung.
- (2) Ein Volksentscheid findet statt, wenn mindestens 450 000, jedoch nicht mehr als 15 vom Hundert der Stimmberechtigten das Volksbegehren durch ihre Unterschrift unterstützen. Für die Unterstützung müssen mindestens sechs Monate zur Verfügung stehen. Der Landtag kann zum Volksentscheid einen eigenen Gesetzentwurf beifügen.
- (3) Zwischen einem erfolgreich abgeschlossenen Volksbegehren und dem Volksentscheid muß eine Frist von mindestens drei und höchstens sechs Monaten liegen, die der öffentlichen Information und Diskussion über den Gegenstand des Volksentscheides dient. Diese Frist kann nur mit Einverständnis der Antragsteller unter- oder überschritten werden.
- (4) Bei dem Volksentscheid wird mit Ja oder Nein gestimmt. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

#### *Artikel 73*

- (1) Über Abgaben-, Besoldungs- und Haushaltsgesetze finden Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid nicht statt.
- (2) Ein durch Volksentscheid abgelehnter Volksantrag kann frühestens nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages erneut in Gang gesetzt werden.
- (3) Das Nähere über Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid bestimmt ein Gesetz, in dem auch der Anspruch auf Erstattung der notwendigen Kosten für die Organisation des Volksbegehrens und eines angemessenen Abstimmungskampfes geregelt wird.

#### *Artikel 74*

- (1) Die Verfassung kann nur durch Gesetz geändert werden, das den Wortlaut der Verfassung ausdrücklich ändert oder ergänzt. Die Änderung darf den Grundsätzen der Artikel 1, 3, 14 und 36 dieser Verfassung nicht widersprechen. Die Entscheidung, ob ein Änderungsantrag zulässig ist, trifft auf Antrag der Staatsregierung oder eines Viertels der Mitglieder des Landtages der Verfassungsgerichtshof.
- (2) Ein verfassungsänderndes Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages.
- (3) Die Verfassung kann durch Volksentscheid geändert werden, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtages dies beantragt. Sie kann ferner durch einen Volksentscheid gemäß Artikel 72 geändert werden. Das verfassungsändernde Gesetz ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten zustimmt.

#### *Artikel 75*

(1) Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen kann nur durch Gesetz erteilt werden. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben.

(2) Die zur Ausführung der Gesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden von der Staatsregierung erlassen, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen.

#### *Artikel 76*

Die verfassungsmäßig beschlossenen Gesetze werden vom Landtagspräsidenten nach Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten und des zuständigen Staatsministers ausgefertigt und vom Ministerpräsidenten binnen Monatsfrist im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Sachsen verkündet. Wenn der Landtag die Dringlichkeit beschließt, müssen sie unverzüglich ausgefertigt und verkündet werden.

(2) Rechtsverordnungen werden von der Stelle, die sie erläßt, solche der Staatsregierung vom Ministerpräsidenten und den zuständigen Staatsministern, ausgefertigt und, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Sachsen verkündet.

(3) Gesetze und Rechtsverordnungen sollen den Tag bestimmen, an dem sie in Kraft treten. Fehlt eine solche Bestimmung, so treten sie mit dem vierzehnten Tag nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das Gesetz- und Verordnungsblatt ausgegeben worden ist.

### **6. Abschnitt: Die Rechtsprechung**

#### *Artikel 77*

(1) Die Rechtsprechung wird im Namen des Volkes durch den Verfassungsgerichtshof und die Gerichte ausgeübt, die gemäß den Gesetzen des Bundes und des Freistaates errichtet sind.

(2) Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

(3) An der Rechtsprechung wirken Frauen und Männer aus dem Volk nach Maßgabe der Gesetze mit.

#### *Artikel 78*

(1) Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sind unzulässig.

(2) Vor Gericht hat jede Person Anspruch auf rechtliches Gehör.

(3) Jede Person hat Anspruch auf ein gerechtes, zügiges und öffentliches Verfahren und das Recht auf Verteidigung. Die Öffentlichkeit darf nur nach Maßgabe des Gesetzes ausgeschlossen werden.

#### *Artikel 79*

(1) Die hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellten Richter können gegen ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, die die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Durch Gesetz können Altersgrenzen festgesetzt werden, bei deren Erreichung auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amt entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.

(2) Die Ernennung, der Amtseid und die Rechtsstellung der Richter werden im übrigen durch Gesetz geregelt.

(3) Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß bei der Ernennung und Anstellung der Richter ein Richterwahlausschuß mitwirkt.

#### *Artikel 80*

(1) Wenn ein Richter im Amt oder außerhalb des Amtes gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes oder des Freistaates verstößt, so kann auf Antrag des Landtages das Bundesverfassungsgericht anordnen, daß der Richter in ein anderes Amt oder in den Ruhestand zu versetzen ist. Im Fall eines vorsätzlichen Verstoßes kann auf Entlassung erkannt werden.

(2) Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß mindestens von einem Drittel der Mitglieder des Landtages gestellt werden. Der Beschluß auf Erhebung der Anklage erfordert bei Anwesenheit von

mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages eine Zweidrittelmehrheit, die jedoch mehr als die Hälfte der Mitglieder betragen muß.

#### *Artikel 81*

- (1) Der Verfassungsgerichtshof entscheidet
1. über die Auslegung dieser Verfassung aus Anlaß von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Staatsorganes oder anderer Beteiligter, die durch die Verfassung oder in der Geschäftsordnung des Landtages oder der Staatsregierung mit eigener Zuständigkeit ausgestattet sind, auf Antrag des obersten Staatsorganes oder anderer Beteiligter,
  2. bei Zweifeln oder Meinungsverschiedenheiten über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit dieser Verfassung auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Landtages oder auf Antrag der Staatsregierung,
  3. über die Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit dieser Verfassung, nachdem ein Gericht das Verfahren gemäß Artikel 100 Absatz 1 des Grundgesetzes ausgesetzt hat,
  4. über Verfassungsbeschwerden, die von jeder Person erhoben werden können, die sich durch die öffentliche Gewalt in einem ihrer in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte (Artikel 4, 14 bis 38, 41, 78, 91, 102, 105 und 107) verletzt fühlt,
  5. in den weiteren in dieser Verfassung ihm zugewiesenen Angelegenheiten,
  6. in den ihm durch Gesetz zugewiesenen Angelegenheiten.
- (2) Der Verfassungsgerichtshof besteht aus fünf Berufsrichtern und vier anderen Mitgliedern.
- (3) Die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes werden vom Landtag mit zwei Dritteln seiner Mitglieder auf die Dauer von neun Jahren gewählt. Den Vorsitz führt einer der Berufsrichter. Die Mitglieder dürfen weder dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.
- (4) Das Nähere bestimmt ein Gesetz. Es kann auch vorsehen, daß Wahlen zum Verfassungsgerichtshof im Abstand von drei Jahren stattfinden und daß die Amtszeit der bei der ersten Wahl zum Verfassungsgerichtshof zu bestellenden Mitglieder sowie der bei vorzeitigem Ausscheiden eines Richters nachgewählten Mitglieder abweichend von Absatz 3 geregelt wird.

### **7. Abschnitt: Die Verwaltung**

#### *Artikel 82*

- (1) Die Verwaltung wird durch die Staatsregierung, die ihr unterstellten Behörden und durch die Träger der Selbstverwaltung ausgeübt. Sie ist dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet und dient dem Menschen.
- (2) Träger der Selbstverwaltung sind die Gemeinden, die Landkreise und andere Gemeindeverbände. Ihnen ist das Recht gewährleistet, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung zu regeln.
- (3) Andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sind nach Maßgabe der Gesetze Träger der Selbstverwaltung.

#### *Artikel 83*

- (1) Aufbau, räumliche Gliederung und Zuständigkeiten der Landesverwaltung werden durch Gesetz geregelt. Aufgaben, die von den nachgeordneten Verwaltungsbehörden zuverlässig und zweckmäßig erfüllt werden können, sind diesen zuzuweisen.
- (2) Die Einrichtung der staatlichen Behörden im einzelnen obliegt der Staatsregierung. Sie kann Staatsminister hierzu ermächtigen.
- (3) Der Freistaat unterhält keinen Geheimdienst mit polizeilichen Befugnissen. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel unterliegt einer Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane, sofern dieser Einsatz nicht der richterlichen Kontrolle unterlegen hat. Das Nähere bestimmt das Gesetz.

#### *Artikel 84*

(1) Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die Träger der öffentlichen Aufgaben, soweit nicht bestimmte Aufgaben im öffentlichen Interesse durch Gesetz anderen Stellen übertragen sind. Die Gemeindeverbände haben innerhalb ihrer Zuständigkeit die gleiche Stellung.

(2) Bevor durch Gesetz oder Rechtsverordnung allgemeine Fragen geregelt werden, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände berühren, sind diese oder ihre Zusammenschlüsse rechtzeitig zu hören.

#### *Artikel 85*

(1) Den kommunalen Trägern der Selbstverwaltung kann durch Gesetz die Erledigung bestimmter Aufgaben übertragen werden. Sie sollen ihnen übertragen werden, wenn sie von ihnen zuverlässig und zweckmäßig erfüllt werden können. Dabei sind Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen.

(2) Führt die Übertragung der Aufgaben zu einer Mehrbelastung der kommunalen Träger der Selbstverwaltung, so ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

(3) Bei Übertragung öffentlicher Aufgaben kann sich der Freistaat ein Weisungsrecht nach näherer gesetzlicher Vorschrift vorbehalten.

#### *Artikel 86*

(1) In den Gemeinden und Landkreisen muß das Volk eine gewählte Vertretung haben. In kleinen Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Vertretung die Gemeindeversammlung treten.

(2) In den Gemeinden wirken die Einwohner an der Selbstverwaltung mit, insbesondere durch Übernahme von Ehrenämtern.

(3) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 87*

(1) Der Freistaat sorgt dafür, daß die kommunalen Träger der Selbstverwaltung ihre Aufgaben erfüllen können.

(2) Die Gemeinden und Landkreise haben das Recht, eigene Steuern und andere Abgaben nach Maßgabe der Gesetze zu erheben.

(3) Die Gemeinden und Landkreise werden unter Berücksichtigung der Aufgaben des Freistaates im Rahmen übergemeindlichen Finanzausgleiches an dessen Steuereinnahmen beteiligt.

(4) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 88*

(1) Das Gebiet von Gemeinden und Landkreisen kann aus Gründen des Wohles der Allgemeinheit geändert werden.

(2) Das Gemeindegebiet kann durch Vereinbarung der beteiligten Gemeinden mit staatlicher Genehmigung, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geändert werden. Die Auflösung von Gemeinden gegen deren Willen bedarf eines Gesetzes. Vor einer Gebietsänderung muß die Bevölkerung der unmittelbar betroffenen Gebiete gehört werden.

(3) Das Gebiet von Landkreisen kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geändert werden. Die Auflösung von Landkreisen bedarf eines Gesetzes.

(4) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 89*

(1) Der Freistaat überwacht die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung der Gemeinden, der Landkreise und der anderen Gemeindeverbände.

(2) Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß die Übernahme von Schuldverpflichtungen und Gewährschaften sowie die Veräußerung von Vermögen von der Zustimmung der mit der Überwachung betrauten Behörde abhängig gemacht und daß diese Zustimmung unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Wirtschaftsführung erteilt oder versagt werden kann.

#### *Artikel 90*

Die kommunalen Träger der Selbstverwaltung können den Verfassungsgerichtshof mit der Behauptung anrufen, daß ein Gesetz die Bestimmungen des Artikels 82 Absatz 2 oder der Artikel 84 bis 89 verletze.

#### *Artikel 91*

(1) Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

(2) Alle Bürger haben nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt.

#### *Artikel 92*

(1) Die Bediensteten des Freistaates und der Träger der Selbstverwaltung sind Diener des ganzen Volkes, nicht einer Partei oder sonstigen Gruppe, und haben ihr Amt und ihre Aufgaben unparteiisch und ohne Ansehen der Person nur nach sachlichen Gesichtspunkten auszuüben.

(2) Jeder Beamte leistet folgenden Amtseid: „Ich schwöre, daß ich mein Amt nach bestem Wissen und Können führen, Verfassung und Recht achten und verteidigen und Gerechtigkeit gegenüber allen üben werde.“ Der Eid kann auch mit der Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

### **8. Abschnitt: Das Finanzwesen**

#### *Artikel 93*

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben des Freistaates sind in den Haushaltsplan einzustellen; bei Staatsbetrieben und bei Sondervermögen brauchen nur die Zuführungen oder Ablieferungen eingestellt zu werden. Der Haushaltsplan ist in Einnahme und Ausgabe auszugleichen.

(2) Der Haushaltsplan wird für ein Rechnungsjahr oder mehrere Rechnungsjahre, nach Jahren getrennt, durch das Haushaltsgesetz festgestellt. Die Feststellung soll vor Beginn des Rechnungsjahres, bei mehreren Rechnungsjahren vor Beginn des ersten Rechnungsjahres, erfolgen.

(3) In das Haushaltsgesetz dürfen nur Vorschriften aufgenommen werden, die sich auf die Einnahmen und die Ausgaben des Freistaates und auf den Zeitraum beziehen, für den das Haushaltsgesetz beschlossen wird. Das Haushaltsgesetz kann vorschreiben, daß die Vorschriften erst mit der Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes oder bei Ermächtigungen nach Artikel 95 zu einem späteren Zeitpunkt außer Kraft treten.

(4) Die Schulden sind in einer Anlage des Haushaltsplanes nachzuweisen.

#### *Artikel 94*

(1) Der Haushaltsplan dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfes, der zur Erfüllung der Aufgaben des Freistaates im Zeitraum, für den der Haushaltsplan aufgestellt ist, voraussichtlich notwendig ist. Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

(2) Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes sowie den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung zu tragen.

(3) Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.

(4) Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

#### *Artikel 95*

Die Aufnahme von Krediten sowie jede Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, bedürfen einer Ermächtigung durch Gesetz. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 96*

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen bedürfen der Zustimmung des Staatsministers der Finanzen. Sie darf nur im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Die Genehmigung des Landtages ist nachträglich einzuholen. Näheres kann durch Gesetz bestimmt werden.

#### *Artikel 97*

(1) Beschlüsse des Landtages, welche die im Haushaltsplan festgesetzten Ausgaben erhöhen oder neue Ausgaben mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Staatsregierung. Das gleiche gilt für Beschlüsse des Landtages, die Einnahmeminderungen mit sich bringen. Die Deckung muß gesichert sein.

(2) Die Staatsregierung kann verlangen, daß der Landtag die Beschlußfassung nach Absatz 1 aussetzt. In diesem Fall hat die Staatsregierung innerhalb von sechs Wochen dem Landtag eine Stellungnahme zuzuleiten.

#### *Artikel 98*

(1) Ist bis zum Schluß eines Jahres weder der Haushaltsplan für das folgende Jahr festgestellt worden noch ein Nothaushaltsgesetz ergangen, so kann bis zur gesetzlichen Regelung die Staatsregierung diejenigen Ausgaben leisten, die nötig sind, um

1. gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen,
2. die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Freistaates zu erfüllen,
3. Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind.

(2) Soweit die auf besonderem Gesetz beruhenden Einnahmen aus Steuern, Abgaben und sonstigen Quellen oder die Betriebsmittelrücklage die in Absatz 1 genannten Ausgaben nicht decken, kann die Staatsregierung den für eine geordnete Haushaltsführung erforderlichen Kredit beschaffen. Dieser darf ein Viertel der Endsumme des letzten Haushaltsplanes nicht übersteigen.

#### *Artikel 99*

Der Staatsminister der Finanzen hat dem Landtag über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die Veränderung des Vermögens und der Schulden des Freistaates zur Entlastung der Staatsregierung jährlich Rechnung zu legen.

#### *Artikel 100*

(1) Die Rechnung sowie die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes werden durch den Rechnungshof geprüft. Er ist eine unabhängige Staatsbehörde.

(2) Mitglieder sind der Präsident, der Vizepräsident und die Leiter der Prüfungsabteilungen. Sie besitzen die gleiche Unabhängigkeit wie die Richter.

(3) Der Präsident des Rechnungshofes wird vom Landtag auf Vorschlag des Ministerpräsidenten mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Der Vizepräsident wird vom Ministerpräsidenten auf Vorschlag des Präsidenten des Rechnungshofes mit Zustimmung des Landtages ernannt.

(4) Der Rechnungshof berichtet jährlich unmittelbar dem Landtag und unterrichtet gleichzeitig die Staatsregierung.

(5) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

### **9. Abschnitt: Das Bildungswesen**

#### *Artikel 101*

(1) Die Jugend ist zur Ehrfurcht vor allem Lebendigen, zur Nächstenliebe, zum Frieden und zur Erhaltung der Umwelt, zur Heimatliebe, zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewußtsein, zu Gerechtigkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zu beruflichem Können, zu sozialem Handeln und zu freiheitlicher demokratischer Haltung zu erziehen.

(2) Das natürliche Recht der Eltern, Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens. Es ist insbesondere bei dem Zugang zu den verschiedenen Schularten zu achten.

#### *Artikel 102*

- (1) Das Land gewährleistet das Recht auf Schulbildung. Es besteht allgemeine Schulpflicht.
- (2) Für die Bildung der Jugend sorgen Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft.

(3) Das Recht zur Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft wird gewährleistet. Nehmen solche Schulen die Aufgaben von Schulen in öffentlicher Trägerschaft wahr, bedürfen sie der Genehmigung des Freistaates. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn sie in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den Schulen in öffentlicher Trägerschaft zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(4) Unterricht und Lernmittel an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft sind unentgeltlich. Soweit Schulen in freier Trägerschaft, welche die Aufgaben von Schulen in öffentlicher Trägerschaft wahrnehmen, eine gleichartige Befreiung gewähren, haben sie Anspruch auf finanziellen Ausgleich.

(5) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 103*

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Freistaates.

(2) Bei den Schulaufsichtsbehörden können ehrenamtlich tätige Beiräte gebildet werden.

(3) Prüfungen, durch die eine öffentlich anerkannte Berechtigung erworben werden soll, müssen vor den hierfür zuständigen Staatsbehörden oder den vom Freistaat hierzu ermächtigten Stellen abgelegt werden.

#### *Artikel 104*

(1) Eltern und Schüler haben das Recht, durch gewählte Vertreter an der Gestaltung des Lebens und der Arbeit der Schule mitzuwirken.

(2) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 105*

(1) Ethikunterricht und Religionsunterricht sind an den Schulen mit Ausnahme der bekenntnisgebundenen und bekenntnisfreien Schulen ordentliche Lehrfächer. Bis zum Eintritt der Religionsmündigkeit entscheiden die Erziehungsberechtigten, in welchem dieser Fächer ihr Kind unterrichtet wird.

(2) Der Religionsunterricht wird unbeschadet des allgemeinen Aufsichtsrechtes des Freistaates nach den Grundsätzen der Kirchen und Religionsgemeinschaften erteilt. Die Lehrer bedürfen zur Erteilung des Religionsunterrichtes der Bevollmächtigung durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Diese haben das Recht, im Benehmen mit der staatlichen Aufsichtsbehörde die Erteilung des Religionsunterrichtes zu beaufsichtigen.

(3) Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

#### *Artikel 106*

Die Berufsbildung findet in den praktischen Ausbildungsstätten und in den beruflichen Schulen statt. Das Land fördert das Berufsschulwesen.

#### *Artikel 107*

(1) Die Hochschule ist frei in Forschung und Lehre.

(2) Die Hochschule hat unbeschadet der Aufsicht des Freistaates das Recht auf eine ihrem besonderen Charakter entsprechende Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze und ihrer vom Freistaat anerkannten Satzungen. An dieser Selbstverwaltung sind auch die Studierenden zu beteiligen.

(3) Bei der Berufung des Lehrkörpers wirkt die Hochschule durch Ausübung des Vorschlagsrechtes mit.

(4) Hochschulen in freier Trägerschaft sind zulässig. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### *Artikel 108*

(1) Die Erwachsenenbildung ist zu fördern.

(2) Einrichtungen der Erwachsenenbildung können außer durch den Freistaat und die Träger der Selbstverwaltung auch durch freie Träger unterhalten werden.

### **10. Abschnitt:**

## **Die Kirchen und Religionsgemeinschaften**

### *Artikel 109*

(1) Die Bedeutung der Kirchen und Religionsgemeinschaften für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens wird anerkannt.

(2) Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind vom Staat getrennt. Sie entfalten sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes frei von staatlichen Eingriffen. Die Beziehungen des Landes zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften werden im übrigen durch Vertrag geregelt.

(3) Die diakonische und karitative Arbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften wird gewährleistet.

(4) Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieser Verfassung.

### *Artikel 110*

(1) Werden durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Interesse liegende gemeinnützige Einrichtungen oder Anstalten unterhalten, so besteht Anspruch auf angemessene Kostenerstattung durch das Land nach Maßgabe der Gesetze.

(2) Freie Träger mit vergleichbarer Tätigkeit und gleichwertigen Leistungen haben den gleichen Anspruch.

### *Artikel 111*

(1) Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind berechtigt, zur Ausbildung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern eigene Lehrinrichtungen zu unterhalten. Diese sind staatlichen Lehrinrichtungen gleichgestellt, wenn sie den schul- und hochschulrechtlichen Bestimmungen entsprechen.

(2) Die Lehrstühle an theologischen Fakultäten und die Lehrstühle für Religionspädagogik werden im Benehmen mit der Kirche besetzt. Abweichende Vereinbarungen bleiben unberührt.

### *Artikel 112*

(1) Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Leistungen des Landes an die Kirchen werden gewährleistet.

(2) Die Baudenkmale der Kirchen und Religionsgemeinschaften sind, unbeschadet des Eigentumsrechtes, Kulturgut der Allgemeinheit. Für ihre bauliche Unterhaltung haben die Kirchen und Religionsgemeinschaften daher Anspruch auf angemessene Kostenerstattung durch das Land nach Maßgabe der Gesetze.

## **11. Abschnitt: Übergangs- und Schlußbestimmungen**

### *Artikel 113*

(1) Ist bei drohender Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Landes oder für die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung sowie bei einem Notstand infolge einer Naturkatastrophe oder eines besonders schweren Unglücksfalles der Landtag verhindert, sich alsbald zu versammeln, so nimmt ein aus allen Fraktionen des Landtages gebildeter Ausschuß des Landtages als Notparlament die Rechte des Landtages wahr. Die Verfassung darf durch ein von diesem Ausschuß beschlossenes Gesetz nicht geändert werden. Die Befugnis, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, steht dem Ausschuß nicht zu.

(2) Solange eine Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Landes droht, finden durch das Volk vorzunehmende Wahlen und Abstimmungen nicht statt. Die Feststellung, daß Wahlen und Abstimmungen nicht stattfinden, trifft der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Ist der Landtag verhindert, sich alsbald zu versammeln, so trifft der in Absatz 1 genannte Ausschuß die Feststellung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Die verschobenen Wahlen und Abstimmungen sind innerhalb von sechs Monaten, nachdem der Landtag festgestellt hat, daß die Gefahr beendet ist, durchzuführen. Die Amtsdauer der in Betracht kommenden Personen und Körperschaften verlängert sich bis zum Ablauf des Tages der Neuwahl.

(3) Die Feststellung, daß der Landtag verhindert ist, sich alsbald zu versammeln, trifft der Präsident des Landtages.

(4) Gesetze werden im Fall des Absatzes 1, falls eine rechtzeitige Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Sachsen nicht möglich ist, auf andere Weise öffentlich bekanntgemacht. Die Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt ist nachzuholen, sobald die Umstände es zulassen.

(5) Beschlüsse des in Absatz 1 genannten Ausschusses können vom Landtag aufgehoben werden, wenn dies spätestens vier Wochen nach dem nächsten Zusammentritt des Landtages beantragt wird.

#### *Artikel 114*

Gegen jede Person, die es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, haben alle Bürger das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

#### *Artikel 115*

Bürger im Sinne dieser Verfassung sind die Deutschen nach Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes.

#### *Artikel 116*

Wer im Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen oder als Bewohner dieses Gebietes durch nationalsozialistische oder kommunistische Gewaltherrschaft wegen seiner politischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung oder wegen seiner Rasse, Abstammung oder Nationalität oder wegen seiner sozialen Stellung oder wegen seiner Behinderung oder wegen seiner gleichgeschlechtlichen Orientierung oder in anderer Weise willkürlich geschädigt wurde, hat nach Maßgabe der Gesetze Anspruch auf Wiedergutmachung.

#### *Artikel 117*

Das Land trägt im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu bei, die Ursachen individuellen und gesellschaftlichen Versagens in der Vergangenheit abzubauen, die Folgen verletzter Menschenwürde zu mindern und die Fähigkeit zu selbstbestimmter und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung zu stärken.

#### *Artikel 118*

(1) Erhebt sich der dringende Verdacht, daß ein Mitglied des Landtages oder der Staatsregierung vor seiner Wahl oder Berufung

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, insbesondere die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundrechte verletzt hat oder
2. für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit der DDR tätig war, und erscheint deshalb die fortdauernde Innehabung von Mandat oder Mitgliedschaft in der Staatsregierung als untragbar, kann der Landtag beim Verfassungsgerichtshof ein Verfahren mit dem Ziel der Aberkennung von Mandat oder Amt beantragen.

(2) Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Landtages gestellt werden. Der Beschluß auf Erhebung der Anklage erfordert bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages eine Zweidrittelmehrheit, die jedoch mehr als die Hälfte der Mitglieder betragen muß.

(3) Das Nähere bestimmt ein Gesetz, das auch den Verlust von Versorgungsansprüchen regeln kann.

#### *Artikel 119*

Für die Einstellung in den öffentlichen Dienst und die Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst gelten die Bestimmungen des Vertrages über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag). Die Eignung für den öffentlichen Dienst fehlt jeder Person, die

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, insbesondere die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundrechte verletzt hat oder
2. für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit der DDR tätig war, und deren Beschäftigung im öffentlichen Dienst deshalb untragbar erscheint.

#### *Artikel 120*

(1) Das im Gebiet des Freistaates Sachsen als Landesrecht geltende Recht bleibt in Kraft, soweit es dieser Verfassung nicht widerspricht.

(2) Landesrecht und Landesgesetz im Sinne der Artikel 81 Absatz 1 Nr. 2 und 3 sowie Artikel 90 sind auch das Recht und die Gesetze aus der Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Verfassung.

#### *Artikel 121*

Der Freistaat bekennt sich zur Trägerschaft für die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

#### *Artikel 122*

(1) Diese Verfassung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages.

(2) Sie wird vom Präsidenten des Landtages ausgefertigt und vom Ministerpräsidenten im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Sachsen verkündet.

(3) Die Verfassung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

### **Anhang zu Artikel 109 Absatz 4:**

#### *Artikel 136 Weimarer Verfassung*

(1) Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.

(2) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.

(3) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.

(4) Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.

#### *Artikel 137 Weimarer Verfassung*

(1) Es besteht keine Staatskirche.

(2) Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen.

(3) Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.

(4) Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes.

(5) Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbandszusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.

(6) Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.

(7) Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.

(8) Soweit die Durchführung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ob.

#### *Artikel 138 Weimarer Verfassung*

(1) Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.

(2) Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet.

*Artikel 139 Weimarer Verfassung*

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

*Artikel 141 Weimarer Verfassung*

Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.

Die vorstehende Verfassung wird hiermit ausgefertigt.

Dresden, den 27. Mai 1992

**Erich Iltgen**  
**Präsident des Sächsischen Landtages**  
**als verfassungsgebender Landesversammlung**

Die vorstehende Verfassung ist im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt zu verkünden.

Dresden, den 27. Mai 1992

**Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**  
**Ministerpräsident des Freistaates Sachsen**

Die Verkündung der Verfassung erfolgte am 5. Juni 1992 (SächsGVBl. S. 243). Die Verfassung trat am 6. Juni 1992 in Kraft.

**Steffen Heitmann, Staatsminister für Justiz**

Im Zuge der Revolution im Herbst 1989 zeigte sich sehr schnell, wie sehr die Menschen sich mit ihrem unmittelbaren Lebensraum, seiner Geschichte und seiner Zukunft verbunden fühlten. Obwohl es nationalsozialistischer und kommunistischer Ideologie entsprach, das regionale Bewußtsein der Menschen auszulöschen – Diktaturen leben vom Zentralismus –, ist das in fast 60 Jahren zentralstaatlicher Regierung nicht gelungen.

Es gibt jetzt und es gab in den letzten zweieinhalb Jahren berechnete und unberechnete Kritik an der Entwicklung in Deutschland; die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen wurde und wird ungeteilt begrüßt. Der Freistaat besteht und hat sich seinen Platz im Deutschland des Grundgesetzes bereits wieder erobert, aber ihm fehlte bisher noch das Fundament seiner Existenz, seine Staatsverfassung.

Das Grundgesetz ist der fernere Rahmen, der uns hält, die Sächsische Verfassung ist das nahe Fundament, das uns trägt. Diese Sondersitzung des Sächsischen Landtags als verfassungsgebender Landesversammlung ist einer der Höhepunkte, wenn nicht überhaupt der Höhepunkt bei der Entwicklung Sachsens zu einem freiheitlichen und demokratischen Staat. Und ich will nicht verschweigen, daß die abschließende Beratung und Verabschiedung dieser Verfassung auch ein Höhepunkt in meinem Leben ist. Ich habe immerhin über zwei Jahre an dieser Verfassung mitgearbeitet und den Entstehungsprozeß von Anfang bis Ende zunächst gestaltet und dann begleitet.

Eine Verfassung entsteht nicht im luftleeren Raum. Eine Verfassung ist auch ein Zeitdokument, ein Spiegel der politischen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Situation eines Volkes und der in dem Staat lebenden Menschen. In den Verfassungsbestimmungen drücken sich die Erfahrungen aus, die ein Volk in der Vergangenheit gemacht hat, und die Hoffnungen, die im Hinblick auf die Zukunft die Menschen erfüllen.

Nach fast sechzigjähriger zentralstaatlicher Fremdbestimmung wird ein neues Staatswesen begründet. Eine revolutionäre und dann nachrevolutionäre Aufbruchstimmung hat die Verfassungsdiskussion beflügelt. Das war gut so. Aber natürlich war die Diskussion auch getragen von den Spuren der marxistisch-leninistischen Ideologie, die vierzigjährige Propaganda in den Köpfen hinterlassen hat.

Ein Beispiel dafür ist der ideologische Volksbegriff, wie er in der DDR vertreten wurde. Das Volk wird fast metaphysisch als Übervater überhöht. Nur was seiner unmittelbaren Entscheidung unterworfen ist, wird als eine qualitativ hochwertige Entscheidung angesehen. Übersehen wird dabei, daß das Volk, abgesehen von extremen oder eruptiven Ausnahmesituationen, ohne Repräsentation nicht in der Lage sein kann, seinen Willen politisch qualitativ gebündelt zu äußern.

Ferner liegt einem solchen Volksbegriff das marxistische Menschenbild zugrunde: Der Mensch ist gut, nur die Verhältnisse machen ihn schlecht; also ändern wir die Verhältnisse, dann wird der Mensch gut. Daß dies nicht stimmt, haben wir erfahren. Er ist eben nicht das von Natur aus gute Wesen, das stets auch die Interessen anderer und das Gemeinwohl berücksichtigt.

Menschen haben angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen bei uns ein starkes Bedürfnis nach sozialer und rechtlicher Geborgenheit. Es wirkt sich zudem noch die Versorgungsideologie des real-sozialistischen Staates aus. Dies führt zu einer Überforderung des Rechts in der irrtümlichen Annahme, der verfaßte soziale Rechtsstaat könne jedes Lebensrisiko abnehmen und jeden gesellschaftlichen Konflikt lösen. Das aber überfordert den Staat.

Das offenkundige Scheitern des sogenannten realen Sozialismus hat zwar zu einer absoluten Delegitimierung des Systems der DDR geführt, nicht aber – ich glaube, das müssen wir zur Kenntnis nehmen – in gleichem Maße zur Delegitimierung der utopischen Lehre des Marxismus. Insofern hatte die Verfassungsdiskussion auch zum Inhalt, marxistisches Gedankengut abzuwehren, wohl aber die Menschen mitzunehmen in ein neues, nüchtern das Bestmögliche in dieser Welt suchendes Gemeinwesen.

Die Hauptlast der Erarbeitung des Verfassungsentwurfs trugen die Mitglieder des Verfassungs- und Rechtsausschusses. Ich möchte den Mitgliedern dieses Ausschusses hier meinen hohen Respekt bezeugen. In neun mehrtägigen Klausurtagungen rangen sie seit Dezember 1990 um einen gemeinsamen Entwurf. Bei aller Übereinstimmung gab es unterschiedliche Positionen in der Sache, zum Verfahren im Ausschuß, darüber hinaus menschliche Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, damit nunmehr der Entwurf hier behandelt werden kann.

Zeitweilig war man von einem Konsens so weit entfernt, daß die Beratungen mehrere Monate ruhten und erst Anfang dieses Jahres fortgesetzt werden konnten. Im nachhinein betrachtet, hat diese Beratungspause durchaus ihr Gutes bewirkt: Sie hat zu der Erkenntnis geführt, daß eine Verfassungsgebung nicht zum Spielball parteipolitischer Auseinandersetzungen geeignet ist, sondern daß sie letztlich dem sächsischen Volk verpflichtet ist. Sie hat den Willen zur politischen Einigung erzwungen und die Kompromißfähigkeit erhöht und dabei Sachgesichtspunkte in der Entscheidungsfindung in den Vordergrund gerückt. Der Entwurf hat daher nach meiner Überzeugung wesentlich an Integrationswirkung gewonnen.

Diese Verfassung ist ein Lehrstück der Demokratie. Es hat noch nie eine Sächsische Verfassung gegeben, die so direkt aus dem Volk geboren wurde und so intensiv mit dem Volk und durch das Volk beraten wurde. Wer jetzt das Gegenteil behauptet, sagt nicht die Wahrheit. Sie, der Sächsische Landtag, sind als verfassungsgebende Landesversammlung gewählt und dazu berufen, die Verfassung in Kraft zu setzen. Wer behauptet, das sächsische Volk sei von dieser Verfassungsgebung ausgeschlossen

gewesen, hat nur die Absicht, dieses Parlament zu desavouieren. Ich bin überzeugt, daß diese Verfassung ein tragfähiges Fundament unseres neuen alten Freistaates Sachsen sein wird.

**Herbert Goliash, MdL,  
Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion**

...

Die Annahme der Verfassung wird eine „Sternstunde“ in der Geschichte Sachsens! Ich begrüße es, daß wir uns hier getroffen haben, um den Weg für dauerhaft stabile demokratische Verhältnisse zu schaffen. Sie wissen alle, wie lange wir darauf warten mußten, bis die finsternen Zeiten zweier Diktaturen beendet waren. Umso glücklicher dürfen wir sein, daß uns mit der Rückkehr zu Recht und Demokratie nach 1989 ein guter Start gelungen ist. Am 14. Oktober 1990 wurde nach den demokratischen Grundsätzen einer freien, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl der Sächsische Landtag gewählt – und weil es manchem vielleicht gar nicht mehr so bewußt ist, füge ich hinzu: Es wurde erstmals wieder gewählt; weder gefaltet noch betrogen!

...

Diese Verfassung ist das Produkt der Aufbruchstimmung von 1989. Sie ist aus dem „Gohrischer Entwurf“, den die CDU-Fraktion gemeinsam mit der F.D.P.-Fraktion zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Beratungen dieses hohen Hauses eingebracht haben, und zwei weiteren Entwürfen hervorgegangen. Unser Ziel war klar: Wir wollten damit so früh als möglich die Initiative ergreifen, damit der Landtag schnellstens mit der Beratung beginnen kann. Das war deshalb so wichtig, weil ich hier von der Beratung und Beschlußfassung über das wichtigste Gesetz rede, was jemals auf der Tagesordnung dieses hohen Hauses stehen wird.

...

Mit ihren Grundrechten und Staatszielen geht unsere Verfassung schon über den Standard des Grundgesetzes und der meisten Landesverfassungen der alten Länder hinaus. Seit 1949, dem Zeitpunkt des Entstehens des Grundgesetzes, hat sich die Gesellschaft in den alten wie den neuen Ländern erheblich fortentwickelt. Das gilt sowohl in kultureller, wie auch in sozialer und wirtschaftlich-technischer Hinsicht. Damit sind auch völlig neue Anforderungen an eine Verfassung entstanden, die wir frühzeitig in der Diskussion aufgegriffen haben. Ich nenne hier als ein wichtiges Beispiel die Forderung nach wirksamem Datenschutz. Auch der Schutz der Umwelt ist heute in ganz anderem Ausmaß in das Bewußtsein der Menschen getreten.

Mit der sehr weitgehenden Aufnahme plebiszitärer Elemente haben wir ebenfalls, wie ich meine, Mut bewiesen. Ich sage hier deutlich: Die Erfahrungen gerade unserer Geschichte haben eines deutlich gezeigt; weitgehende Mitwirkung des Volkes an seiner Gesetzgebung und an der Kontrolle der Regierung ist ein stabiles Element der Demokratie. Gefahr droht dann, wenn das Volk von der Mitwirkung ausgeschlossen ist. Ich spreche mich aber dennoch – im Sinne des Verfassungsentwurfs – für eine repräsentative Demokratie aus. Sie hat sich am besten bewährt.

...

Es werden mehrere wichtige Staatsziele angeführt. Damit verbunden ist die Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, nach Kräften diese Ziele anzustreben. Die Bürger sollen daran ablesen können: Der Staat verfolgt klar umrissene Zielsetzungen. Gerade die Bürger hier in Sachsen, die sehr lange Zeit in einem Staat gelebt haben, der bürgerferne, untaugliche oder undurchschaubare Ziele verfolgte, verlangen eine klare staatliche Zielorientierung.

...

Es kann aber nicht immer und unmittelbar jedem einzelnen die Erfüllung eines bestimmten Staatsziels garantiert werden. Die Staatsziele stellen damit auch keine einklagbaren Individualrechte dar.

...

Geleitet von der klaren Überzeugung: Wer gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat oder für das Ministerium für Staatssicherheit tätig war, hat im öffentlichen Dienst nichts verloren. Diese Bestimmung darf nicht nach dem Motto umgesetzt werden: „Die Kleinen hängt man - die Großen läßt man laufen.“

...

Auf diese Verfassung können wir, können unsere Sachsen stolz sein! Lassen Sie mich all denen Dank sagen, die mit großem Engagement am Zustandekommen dieses Entwurfs beteiligt waren. Zunächst den mutigen Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen, die sich 1989 friedlich, aber bestimmt gegen das Unrecht

der Staatsmacht gestemmt haben. Ohne sie wäre das Zustandekommen einer demokratischen Landesverfassung undenkbar gewesen.

**Dr. Karl-Heinz Kunckel, MdL,  
Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion**

Wir müssen lernen, uns zu ertragen!

...

Wir müssen lernen, uns zu ertragen, setzt nicht Liebe, wohl aber Achtung untereinander voraus, und das heißt, den politischen Gegner als Partner anzunehmen.

...

Wir müssen lernen, uns zu ertragen, heißt weltanschaulichen Pluralismus als Reichtum zu empfinden und ihn in der Neutralität des Staates aufzuheben.

...

Wir müssen lernen, uns zu ertragen, heißt Demokratie als Lebensform zu akzeptieren. Demokratie heißt Konkurrenz im Gegeneinander ebenso wie Anerkennung eines gemeinsamen Fundaments. Lernfähigkeit und Vernunft machen Demokratie möglich, Fehlbarkeit und Irrtum machen Demokratie nötig.

...

Wir müssen lernen, uns zu ertragen, bedeutet Angst überwinden und Hoffnung wecken. Ein demokratisch verfaßter Staat ist Hoffnung ...

...

Keine Verfassung ist ein Text für die Ewigkeit, auch diese nicht. Sie würde sich rasch der Gefahr des Veraltens und der Irrelevanz aussetzen. Unsere Verfassung wird vom Landesverfassungsgericht ausgelegt, vom Landtag und von unseren Bürgern verändert und fortentwickelt werden. Das ist so vorgesehen, und es ist gut so. So wichtig es ist, daß die Verfassung der Politik Zügel anlegt und Rahmenbedingungen für staatliches Handeln setzt, so richtig ist auch, daß die wirkliche Verfassung unseres Landes nur in seinen realen Verhältnissen existieren kann. Zwischen der geschriebenen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit dürfen keine Abgründe klaffen.

Dies bedeutet aber auch: Die Politik muß den ihr von der Verfassung vorgegebenen Rahmen ausfüllen und darf nicht hinter die ihr gegebenen Möglichkeiten zurückweichen. Politik, die dem nicht entspricht, ist schlecht. Schlecht vor allem deshalb, weil die Entscheidungen, vor denen man sich drücken zu können glaubt, dann anderswo getroffen werden. Es ist nun einmal so, daß ein Verfassungsorgan, das seine Aufgabe nicht erfüllt, diese von einem anderen Verfassungsorgan aufgedrückt bekommt – dem Verfassungsgericht. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es dafür viele Beispiele. Die Besteuerung der Diäten gehört ebenso dazu wie die kürzlich gefällte Entscheidung über die Parteienfinanzierung. Deshalb werden wir stets darauf achten, daß die Landesregierung die Verfassung nicht nur nicht verletzt, sondern die ihr darin gebotenen Handlungsmöglichkeiten auch voll nutzt.

...

Ich möchte den Kreis schließen und zum Ausgangspunkt zurückkommen. Wir müssen lernen, uns zu ertragen. Ich denke, in dem so verfaßten Haus Sachsen sollte dies möglich sein, mehr noch, vom „Ertragen“ zum dauerhaften produktiven „Vertragen“ zu kommen. Lassen Sie mich enden mit einer Sentenz vom Marc Chagall: „Vielleicht werden junge und ältere Menschen in dieses Haus kommen, um hier einem Ideal der Brüderlichkeit und Liebe nachzuspüren. In der Kunst wie im Leben ist alles möglich“.

**Klaus Bartl, MdL,  
Fraktionsvorsitzender der Linken Liste/PDS**

Zwei Möglichkeiten für das Herangehen an die Erarbeitung der Landesverfassung hatten Sachsens Parlamentarier gehabt: Entweder im Grundansatz davon auszugehen, daß dieses sächsische Volk einen ganz spezifischen Weg hinter sich hat – mit 40, 30 oder 20 Jahren erlebter DDR und einem Jahr Wendezeit – und daß ihm deshalb eine Verfassung zusteht, die in Inhalt und Semantik diese Erfahrungen widerspiegelt und sich in ihrer Modernität den Lebensfragen des ausgehenden 20. Jahrhunderts stellt. Oder: sich ziemlich stur an der Verfassungsgeschichte, dem herkömmlichen Rechtssystem der Alt-BRD und am Level des über 40 Jahre alten Grundgesetzes zu orientieren.

Bis auf unsere Fraktion entschied man sich für den letzteren Weg. Er führte dazu, daß eine Verfassung entstand, die den sächsischen Bürgern eher ihre Identität nimmt als eine neue gibt. Eben weil ihnen mentalitätsfremde Moral- und Wertvorstellungen der Alt-BRD aufgedrückt werden. Indem beispielsweise das „Sittengesetz“ die Grenze für eine freie Persönlichkeitsentfaltung darstellt (Artikel 14), die Jugend in „Ehrfurcht“ erzogen werden soll (Art. 102), außerhalb einer Ehe geborene Kinder nicht ausdrücklich die gleiche Rechtsstellung haben sollen wie eheliche. In der Konsequenz bleibt diese sächsische Verfassung im Grundansatz ein knappes Menschenalter hinter der Brandenburgischen zurück.

Letztlich waren es fünf prinzipielle Gründe, die uns die Zustimmung zur Verfassung unmöglich machten:

1. Weil diese Verfassung Geschichtsverfälschung zur Verfassungsdoktrin erhebt, indem bereits in der Präambel eine Gleichsetzung von Faschismus und DDR-Ära vorgenommen wird, mit der Formulierung: „... ausgehend von den leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft ...“
2. Weil diese Verfassung im Gegensatz zur Brandenburger keine durchsetzbaren sozialen Rechte in den Fragen beinhaltet, die elementare Voraussetzungen für menschenwürdiges Dasein sind. Nämlich: das Recht auf Arbeit oder „ersatzweise“ den Rechtsanspruch auf Umschulung, berufliche Weiterbildung und Unterhalt.  
Das Recht, menschenwürdig zu wohnen mit der Zusicherung, niemals der eigenen Wohnung verwiesen zu werden, ohne daß Ersatzwohnraum zur Verfügung steht.  
Das Recht auf Bildung ohne Altersgrenzen und Staats-treueprüfungen.  
Das Recht, bei Bedürftigkeit eine soziale Grundsicherung zu genießen ohne entwürdigende Anspruchsprüfungen.
3. Weil die ökologische Dimension nicht ausreicht, die existentiellen Umweltfragen in einem Artikel „abgetan“ werden und der ökologische Umbau der Gesellschaft nicht zumindest zum Staatsziel erklärt wird.
4. Weil diese Verfassung in ihren Regelungen zur Volksgesetzgebung, zur direkten Teilhabe der Bürger an der politischen Gestaltung und Machtausübung überhaupt, spärlich und zudem demagogisch ist. Weil beispielsweise für ein Volksbegehren, zu einem bestimmten Gesetz einen Volksentscheid durchzuführen, mit 450 000 Unterschriften ein Quorum vorgesehen ist, das nach allen Erfahrungen in der Alt-BRD so gut wie kaum erreichbar sein wird.
5. Weil wir es für einen Treppenwitz der Geschichte halten, daß dieses „wendeerfahrene“ sächsische Volk sich nicht selbst per Volksabstimmung seine Verfassung geben darf, obgleich in der Präambel behauptet wird „Anknüpfend an die Geschichte ... hat sich das Volk im Freistaat Sachsen ... diese Verfassung gegeben.“  
Wir können nicht akzeptieren, daß sich 160 Landtagsabgeordnete selbst zum „Volk“ ernennen und 4,7 Millionen Sachsen „verfassen“.

**Cornelia Matzke, MdL,  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Grüne**

...

Auf den ersten Blick sieht diese Verfassung gar nicht so schlecht aus. Ein ganzer Sack gut klingender Staatsziele ist zum Beispiel im Artikel 7 abgehandelt worden. Es wird das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere auf Arbeit, auf angemessenen Wohnraum, auf angemessenen Lebensunterhalt, auf soziale Sicherung und auf Bildung als Staatsziel anerkannt. Nehmen wir das Recht auf Arbeit heraus. Welch hehres Ziel steht hier in der Verfassung, doch was erleben wir? Die CDU-Staatsregierung beschleunigt durch ihre Politik, daß tausende Frauen und Männer ihre Arbeit verlieren und auf lange Sicht keine mehr finden werden.

...

Kein Wunder, wenn niemand mehr glaubt, daß Verfassungen wichtig seien. Staatsziele der Verfassung sind keine einklagbaren Rechte oder klaren Handlungsanweisungen. Sie leuchten am Horizont als das, was eigentlich sein sollte. Man nennt sie und lehnt sich freundlich zurück. Durch Staatsziele ist niemand zum Handeln verpflichtet, aber – und das wurde im Artikel 13 formuliert – die Regierenden müssen ihr politisches Handeln danach ausrichten. Schon jetzt verstößt die CDU mit ihrer Politik gegen die Verfassung, die sie kraft ihrer Mehrheit maßgeblich bestimmt.

...

Die globale Einschätzung der Verfassung fällt nicht gut aus. Wirklich modern kann ich diese Verfassung nicht nennen, auch wenn das Klagerecht für Naturschutzverbände Aufnahme fand. Sie steht weit hinter der Landesverfassung Schleswig-Holsteins zurück, die als jüngste Verfassung auf dem Gebiet der Altbundesländer vor der Wende verabschiedet wurde.

...

Bei der Einschätzung der Verfassung wiegt das, was nicht Aufnahme fand, schwerer. Solche Zentnergewichte, die die Wertewaage nach unten ziehen, sind – um nur drei zu nennen – erstens die Nichtaufnahme eines Akteneinsichtsrechtes für jede Bürgerin und jeden Bürger, zweitens die Ablehnung des Vorschlages, zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und Behebung der Ungerechtigkeiten eine vorübergehende Bevorzugung von Frauen zu ermöglichen, und drittens die Tatsache, daß Geheimdienste nach wie vor zulässig sind, trotz DDR-Erfahrung!

...

Immerhin sind Elemente der direkten Demokratie enthalten, doch die Quoren sind zu hoch, viel zu hoch! Aber ein wichtiges Element der direkten Demokratie fehlt: die Annahme der Verfassung durch das Volk, das Volk als Souverän. Diese Forderung hatten wir gleich zu Beginn der Landtagstätigkeit gestellt. Unsere Fraktion hatte einen Gesetzentwurf zur Ausarbeitung und Annahme der Verfassung in den Landtag eingebracht. In diesem Gesetzentwurf hatten wir detailliert beschrieben, wie die Erarbeitung der Verfassung für den Freistaat erfolgen sollte, damit eine wirkliche, demokratische Mitwirkung für die Bürgerin und den Bürger außerhalb des Parlaments möglich wird.

...

Wir sind damals davon ausgegangen und gehen immer noch davon aus, daß die Bürgerinnen und Bürger Sachsens selbstbestimmt und verantwortlich handelnde mündige Menschen sind. Wenn wir das aber zugeben, können wir nicht meinen, daß die Verabschiedung einer Verfassung, also eines Grundgesetzes ihres Landes, an Abgeordnete abdelegiert werden soll.

...

Angst vor einem Volksentscheid müssen eigentlich jetzt nur diejenigen haben, die durch ihre Politik die Leute bisher nicht überzeugt haben, daß aktives Mitgestalten wirklich gefragt ist. Und das geht an die Adresse der CDU!

...

Das heißt konkret, wenn ich eine Politik erlebe, die mir die Lebensgrundlage nimmt, dann werde ich auch einem Gesetzesgebilde nicht zustimmen oder überhaupt jede Beteiligung daran versagen, wenn ich nicht überzeugt bin: Mein Mittun ändert etwas. Die Änderung der Politik, die gefordert ist, meint die Vollendung eines Sozialstaates, in dem rechtliche und soziale Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich Demokratie verwirklicht. Dazu ist die konservative Politik, in deren Schraubzwingen diese Verfassung steckt, nicht geeignet und nicht dazu angelegt.

...

Wir haben eine Verfassung vor uns, die sich für Sonntagsreden eignet, nicht aber zur Beschreibung und Veränderung der Wirklichkeit. Das ist wohl allen hier klar. Doch warum haben wir Angst, daß der große Souverän, das Volk, uns dies durch sein Abstimmungsverhalten bekundet?

...

Es mag sein, daß sich viele schon für die Stellvertreterdemokratie entschieden haben, aber vergessen wir nicht, welcher Hoffnung Kinder wir sind. Diese Hoffnung zum Prinzip erhoben kann gesellschaftliche Änderung in Zukunft bewirken. Damit Hoffnung zum Prinzip wird, darf der junge Baum nicht schon ohne Wasser in all dem Schutt der Geschichte stehen gelassen werden ...

**Dr. Günter Kröber, MdL, Fraktionsvorsitzender der F.D.P.**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Fast zwei Tage hat das Hohe Haus über die Verfassung unseres Freistaates diskutiert. Die Meinungen, die unterschiedlichsten Auffassungen, die Standpunkte sind auch nach unserer Überzeugung hier in dieser Debatte sichtbar gemacht worden. Der tiefere Sinn dieser Debatte liegt darin, daß mit dem Grundgesetz unseres Freistaates Sachsen ein gemeinsamer Weg für die Zukunft in Deutschland eröffnet wurde.

Unser Landtag ist aus eigener Souveränität in die Lage versetzt, diese Verfassung heute hier zu diskutieren und zu verabschieden.

Die F.D.P. war ein Miteinbringer des ursprünglichen Antrages. Aber wenn wir den damaligen Antrag ansehen und den heute vor uns liegenden Entwurf bewerten, so kann jeder erkennen, welcher enorme Weg der Annäherung, auch der Auseinandersetzung, gegangen wurde, um diesen Verfassungsentwurf dem Hohen Hause zur Abstimmung vorlegen zu können.

Wir haben uns im Ausschuß und in den Beratungen fair, klar und deutlich auseinandergesetzt, aber wir haben eine gemeinsame Zielrichtung gehabt: Einen Kompaß für unseren Freistaat zur Schaffung des sächsischen Grundgesetzes. Ich glaube, daß die Auseinandersetzungen und die Diskussionen, die wir hier geführt haben, gezeigt haben, daß parteiübergreifender Konsens möglich ist, wenn verantwortliche demokratische Kräfte dies wollen.

Für mich ist es mehr, als daß ich nur als Fraktionsvorsitzender der F.D.P. hier stehe. Für mich ist es ein besonderer Höhepunkt, jetzt an einer Verfassung mitzuwirken, die in der freien Souveränität unseres Hohen Hauses geschaffen wird. War ich doch bereits 1950 Mitglied des Sächsischen Landtages, der jedoch unter Besatzungsrecht gewählt wurde. Durch die Wende und die Entscheidungen unserer Bürger haben wir für Sachsen unsere Souveränität wiedergewonnen.

Wir müssen uns angewöhnen, die Kräfte der Demokratie zu entwickeln, gleich welcher Auffassung und Anschauung sie sich zuordnen. Die F.D.P. hatte zu einigen Artikeln dieser Verfassung bis zuletzt noch Forderungen bzw. Vorbehalte.

So zur Präambel, die Verpflichtung, Gebot und zugleich Bekenntnis darstellt. Wir wollten an dieser Stelle eine Aussage zur Wiedergutmachung begangenen Unrechts gegenüber den Opfern des nationalsozialistischen und kommunistischen Gewaltsystems haben – leider vergebens. Die Wiedergutmachung ist nur im Art. 116 geregelt.

Wir stehen zu dieser getroffenen Lösung, erwarten allerdings, daß die gesetzlichen Regelungen diesen Komplex zufriedenstellend für die betroffenen Opfer umsetzen.

Es geht uns weiterhin um die Forderung, in die Staatsziele eine Aussage zur Ordnung des Wirtschaftslebens aufzunehmen. Nach unserer Meinung ist es zwingend notwendig, die Grundsätze einer sozialen und der Ökologie verpflichteten Marktwirtschaft in der Verfassung mit aufzunehmen. Nur sie ist nach Auffassung unserer Fraktion in der Lage, zur Sicherung und Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen beizutragen, indem sie wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich, sozialer Absicherung und mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verbindet.

Auch zu diesem Antrag gibt es sicher unterschiedliche Auffassungen. Das Entscheidende dabei ist es aber, ob es eine Brücke zwischen den Demokraten für Sachsen gibt. Aus der Blickrichtung unserer Fraktion ist diese Brücke mit der vorliegenden Verfassung geschaffen worden. Wir wünschen natürlich noch die Annahme unseres Änderungsantrages.

Die große Mehrheit ist bereit und willens, die vom Berichtstatter des Verfassungs- und Rechtsausschusses

getragene Auffassung zu akzeptieren und für die Bürger in Sachsen diese Verfassung für sie und mit ihnen durch uns in Kraft zu setzen.

Bitte beschreiten Sie diesen Weg gemeinsam.

Die Freien Demokraten sind für ein freies, demokratisches Sachsen und damit überzeugt, daß diese hier zu ihrer Willensentscheidung anstehende Verfassung ein Wegbereiter und guter Begleiter sein wird.

Vielleicht müssen wir uns auch erst einmal der Bedeutung einer demokratisch gestalteten und verabschiedeten Verfassung bewußt werden. Das ist ein Prozeß, der nicht heute beendet werden kann und der auch nächstes Jahr noch nicht zu Ende ist. Die Verfassung eröffnet viele Möglichkeiten, und es ist dann die Aufgabe des Parlaments, dafür Sorge zu tragen, daß diese durch die Regierung politisch auch umgesetzt werden.

Nutzen wir die Chance, die die uns vorliegende Verfassung gibt.